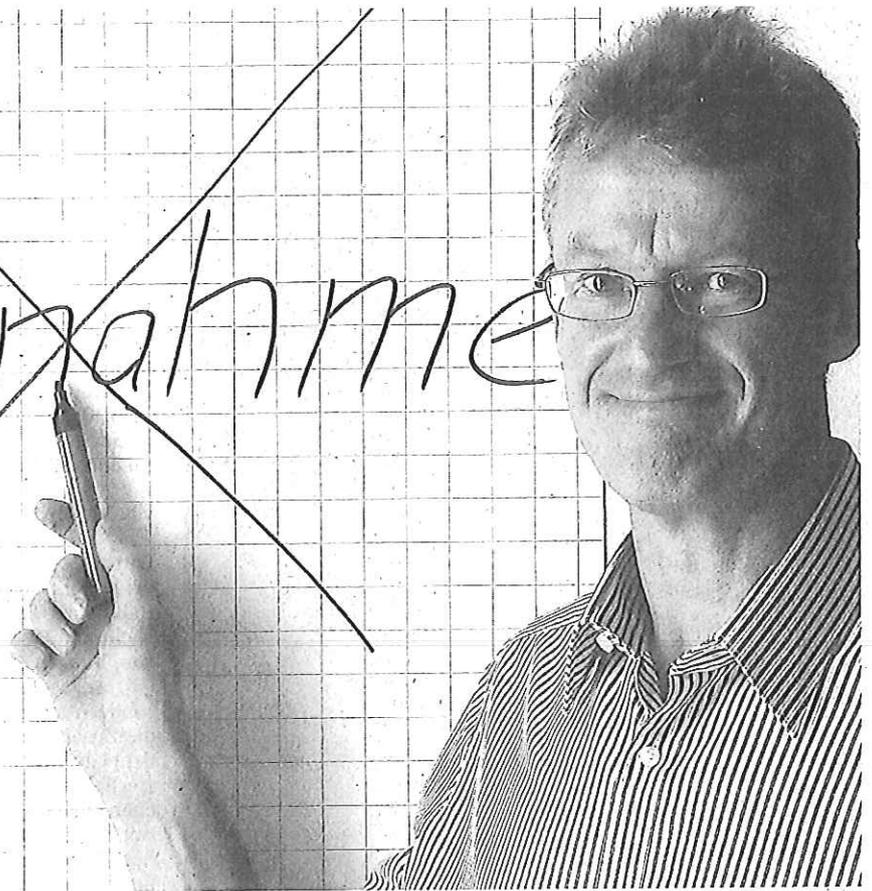


Maßnahme



Der Sprecher des brandenburgischen Infrastrukturministeriums, Lothar Wiegand, bietet in seiner Freizeit Seminare für Beamte an, die eine verständlichere Sprache lernen wollen.

Foto: dpa

Spagat zwischen Sprache und Recht

Wie Behördendeutsch verständlicher werden soll / Ministeriumssprecher gibt Kurse

„Ampel“ statt „Lichtzeichenanlage“, „telefonisch“ statt „fern-mündlich“: Von der Bundesregierung bis zu den Jobcentern bemühen sich viele um eine Abkehr vom Amtsdeutsch. Mit Erfolg?

Von Alexander Riedel

Potsdam. Lothar Wiegand kümmert sich sogar in seiner Freizeit um die Sprachpflege in Behörden. An der Brandenburgischen Landesakademie für öffentliche Verwaltung gibt er Seminare für Beamte mit dem Titel „Amtsdeutsch vermeiden – verständlich formulieren“.

Eigentlich arbeitet Wiegand in der Pressestelle des Agrarministeriums des Landes. Er kennt das Leid, das viele Bürger mit der Sprache der Beamten erleben. „Ich versuche als Pressesprecher jeden Tag, Amtsdeutsch zu übersetzen“, sagt er. Bundesweit gibt es mittlerweile zahlreiche Initiativen dazu.

Die Diagnose ist klar: Lange, verschachtelte Bandwurmsätze, umständliche und passive Formulierungen, Fachwörter – all das macht das Lesen von Behördenbriefen mitunter zur Qual. „Fachsprache ist immer auch Geheimsprache und dient dazu, Macht zu erhalten“, meint Wiegand.

2009 offenbarte eine Studie der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS): Selbst vier von fünf Abiturienten oder Hochschulabsolven-

ten verstehen bei Beamtendeutsch fast nur Bahnhof. Schaurig-schöne Beispiele gibt es genug: „Gemäß dem Rundschreiben des Bundesministeriums des Innern erfolgt die Zahlung im Vorgriff auf die Änderungstarifverträge unter dem Vorbehalt der Rückforderung und unter Ausschluss der Berufung auf den Wegfall der Bereicherung.“ Alles klar?

Lutz Kuntzsch von der GfdS übersetzt: „Bei eventuellen Rückforderungen kann man sich nicht darauf berufen, das erhaltene Geld schon ausgegeben zu haben.“ Diese Formulierung sei aber leider juristisch nicht haltbar, erklärt der Sprachberater. „Am Anfang dachte ich, dass man nie Verbesserungen schafft“, erzählt Kuntzsch. Man müsse aber immer wieder an einzelnen Stellen ansetzen. Doch sind das dann nicht nur Tropfen auf den heißen Stein?

Der Sprachexperte entgegnet: „Etwas zu tun ist besser, als nichts zu tun.“ Das Interesse an dem Thema nehme in Wellen mal ab und mal zu. „In den letzten zehn Jahren ist das Interesse wieder gewachsen.“ Fortbildungen für verständliche Sprache mögen etwas kosten, doch Verwaltungen haben durch sie einen handfesten Vorteil. Denn: Je besser die Bürger Briefe und Bescheide verstehen, desto weniger neigen sie dazu, zu widersprechen und zu klagen – was Geld spart. Ein klassisches Beispiel aus der jüngeren

Vergangenheit sind die oft komplizierten Hartz-IV-Bescheide. Weil dagegen so viel geklagt wurde, gibt es für Jobcenter und Arbeitsagenturen mittlerweile einen internen 21-seitigen Sprachleitfaden. Darin heißt es zum Beispiel: „Die Betreffzeile enthält keine Rechtsverweise.“ Oder es wird empfohlen statt „nicht mitgeteilter Wohnungswechsel wäh-

„Etwas zu tun ist besser, als nichts zu tun.“

Lutz Kuntzsch, Gesellschaft für deutsche Sprache

rend des Bezuges von Arbeitslosengeld“ besser „Ihr Umzug“ zu schreiben. Ob das die Zahl der Klagen reduziere, sei statistisch aber nicht zu erfassen, erklärt allerdings eine Sprecherin der Bundesagentur. Auch in der Bundesregierung wird das Problem „Amtssprech“ erkannt.

Seit 2009 gibt es im Justizministerium und im Bundestag sogenannte Redaktionsstäbe. Sie sollen dabei helfen, Gesetze verständlicher und trotzdem rechtssicher zu formulieren. Hunderttausende Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung, unzählige Gesetzesbände und Briefe: Michaela Blaha weiß, wie schwierig

es ist, das Behördendeutsch aus den Köpfen zu kriegen. Sie ist Geschäftsführerin des Internet-Dienstes für eine moderne Amtssprache – eines Unternehmens, das aus einem Forschungsprojekt in Bochum hervorgegangen ist. „Bei vielen herrscht noch die Haltung vor: Wir haben eine hoheitliche Aufgabe zu erfüllen“, sagt Blaha. Im Ergebnis falle ein „preußischer Ton“ in die Sprache ein.

Die Beraterin wünscht sich, dass Behörden bundesweit da, wo es Sinn macht, schön formulierte und juristisch wasserdichte Standardbriefe verschicken. Leider machten bislang kaum Städte mit. „Der politische Wille fehlt häufig“, findet Blaha. Bürger müssten sich viel mehr beschweren. „In Skandinavien oder der Schweiz oder den Niederlanden ist man viel weiter.“

Die Auswüchse der Behördensprache treiben indes auch dort noch humorvolle Blüten: Ein Schweizer Finanzminister verlas 2010 im Parlament eine Antwort der Zollbehörde auf eine Anfrage zum Thema „Import von gewürztem Fleisch“. Über all die fachlich korrekten und virtuos ineinander verschrankten Formulierungen der Beamten geriet der Minister ins Stocken. „Bü-, Bü-, Bündnerfleisch“, stammelte er zur großen Freude seiner selbst und der Parlamentarier. Die Videoaufnahme wurde im Internet hunderttausendfach angeschaut. dpa